

Gefangene der eigenen Allmachtsphantasien

Bushs „imperiale Präsidentschaft“ in der Krise

Von Norman Birnbaum

Der Begriff der „imperialen Präsidentschaft“ stammt von dem Historiker Arthur M. Schlesinger jr., der ihn prägte, nachdem er im Weißen Haus sowohl für John F. Kennedy als auch für Lyndon B. Johnson gearbeitet und einen großen Teil seiner wissenschaftlichen Tätigkeit dem Studium Franklin D. Roosevelts gewidmet hatte. Der gegenwärtige Amtsinhaber verschafft diesem Begriff neue Dimensionen. Seine verfassungsmäßige Rolle als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und seine Verpflichtung, das Land zu verteidigen, verleihen ihm, seiner Ansicht nach, Machtvollkommenheiten, die seine eigenen Propagandisten einer weltumfassenden Kampagne für die Demokratie in anderen Ländern als diktatorisch kennzeichnen würden. Willkürliche Inhaftierung, die Verweigerung des Anspruchs auf Rechtsschutz und schrankenlose Überwachung zählen zu diesen vermeintlichen Präsidentialrechten – ebenso wie die Befugnis der Regierung, die Folter anzuwenden, sei es auch unter anderem Namen.

Dabei hat die öffentliche Zustimmung zu diesem Präsidenten in den Meinungsumfragen eindrucksvolle Niedrigstwerte erreicht, und in seiner eigenen Partei sieht er sich mit ernsthafter Kritik sowie mit dem Phänomen konfrontiert, dass die republikanische Unterstützung im Kongress für seine Gesetzesvorhaben dahinschmilzt. In dieser Situation fällt es sehr schwer, ein klares Bild davon zu gewinnen, was Präsident George W. Bush mit dem Rest seiner Amtszeit zu tun gedenkt – immerhin wird er das Amt nicht vor dem Januar 2009 verlassen. Üblicherweise würde ein Präsident in seiner Lage – besonders angesichts des irakischen Chaos' – sich so verhalten, wie es seine Vorgänger Carter, Reagan und Clinton taten: Angesichts einer Vertrauenskrise in der Öffentlichkeit entließen sie gleich reihenweise Kabinettsmitglieder und Mitarbeiter des Weißen Hauses, um außerhalb dieser Kreise wichtige Köpfe als Ersatz zu gewinnen. Bush hingegen hat, obwohl er ansonsten wohl unter allen Präsidenten die konventionellsten Vorstellungen hegt, in dieser Situation einen loyalen Stabschef im Weißen Haus durch einen anderen Gefolgsmann ersetzt – lässt jedoch jeden Hinweis darauf vermissen, dass er größere Veränderungen erwägen könnte, oder gar die Verabschiedung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Außenministerin Condoleezza Rice und Vizepräsident Dick Cheney.

William Buckley, ein authentischer Altkonservativer, sagte jüngst, der Präsident wisse, dass seine Präsidentschaft mit dem Erfolg des Irakkrieges steht und fällt. Um den Fall aufzuhalten, freunden sich der Präsident und seine derzeitige RegierungscREW mit einer Strategie phasenweiser Truppenvermindierungen im Irak an, wobei die verbleibenden Einheiten sich auf geschützte Enklaven zurückziehen und auf die Iraker verstärkter – bisher allerdings ziemlich wirkungsloser – Druck ausgeübt werden soll, endlich etwas, was wie eine funktionierende Regierung aussieht, zustande zu bringen. Gelingt sie, würde diese Strategie die Kritik der Demokraten an der Unfähigkeit George W. Bushs vor den Novemberwahlen ins Leere laufen lassen. Zudem würde sie die USA in die Lage versetzen, Militärstützpunkte im Irak zu behalten und das Land weiterhin ökonomisch zu beherrschen. Es liegt aber auf der Hand, dass diese Strategie durchaus fehlschlagen kann – dass der Irak immer weiter im Chaos versinkt und die Vereinigten Staaten vielleicht sogar in die Lage geraten, ihre Truppen dort ähnlich überstürzt abziehen zu müssen wie seinerzeit aus Vietnam.

Eines springt jedenfalls, schaut man auf Washington, gegenwärtig ins Auge: die tiefe Unzufriedenheit innerhalb des außenpolitischen Apparats. Karrierebeamte der CIA und des Außenministeriums sind, wie auch Offiziere der Streitkräfte, zweifellos uneins über die nächsten Schritte. Einig dagegen sind sich viele dieser Leute in ihrer kaum verhohlenen Verachtung des Präsidenten und seiner wichtigsten Kollegen, in der Überzeugung nämlich, dass diese zu wenig nachdenken, um die möglichen Kosten gleich welcher politischen Strategie beurteilen zu können. Das hat aus Washington eine Stadt gemacht, in der es mittlerweile sogar noch mehr undichte Stellen als sonst gibt, aus denen den Medien Informationen zufließen. (Am 2. April 2006 beispielsweise machte die „Washington Post“ mit einem Artikel auf, der Warnungen aus den Nachrichtendiensten zusammenfasst, wonach eine Militäraktion gegen den Iran eine Welle von Vergeltungsmaßnahmen im Sinne einer asymmetrischen Kriegführung provozieren dürfte.) Auch frisch pensionierte Offiziere und Beamte eröffnen den Abweichlern im Apparat Nachrichtenkanäle in Richtung Kongress und Öffentlichkeit.

Republikanische Absetzbewegungen vom Präsidenten

Noch vor kurzem konnte der Präsident auf seine republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses und auf ein großes Segment – um nicht zu sagen 90 Prozent – der Medien zählen, desgleichen auf einen beträchtlichen Teil der – mehr oder weniger ausgewiesenen – Wissenschaftler und Sachverständigen. Diese Unterstützung bröckelt mittlerweile. Die Republikaner im Kongress fürchten eine Schlappe bei den Wahlen im November 2006 und darüber hinaus, das Weiße Haus 2008 an die Demokraten zu verlieren. Und die Medien, ob Kommentatoren, Redakteure oder Reporter, die im Vorfeld des Irakkrieges und unmittelbar danach einen so beschämenden Mangel an Unabhängigkeit an den Tag legten, möchten jetzt keinesfalls den Eindruck

erwecken, sie unterstützten jemanden, der dabei ist zu verlieren. Die Außenpolitik-Experten (also jene Sorte Mensch, die für „Foreign Affairs“ schreibt) mögen so sachverständig sein, wie sie vorgeben, oder auch nicht – vieles von dem, was sie veröffentlichen, muss jedenfalls als Bewerbungsschreiben verstanden werden: für Posten in der kommenden Administration. Wenn denn die Politik absehbarerweise geändert werden muss, möchten sie nicht dabei erwischt werden, die Klischees vergangener Monate zu reproduzieren.

Die entscheidende Veränderung jedoch besteht, stellt man die Wandlungsfähigkeit der Medien und der Wissenschaftlerszene in Rechnung, in der Spaltung der Präsidentenpartei selbst. In zunehmender Zahl zeigen sich Republikaner bereit, die Kompetenz des Präsidenten in Frage zu stellen (wobei es natürlich um relative Größenordnungen geht: Sagen wir zwei oder drei von zehn Republikanern verhalten sich heute so, während es früher vielleicht fünf von hundert waren). Beispielsweise hat, was die Politik angeht, die Zustimmung der Regierung zum Verkauf einiger der amerikanischen Hafenanlagen an eine Firma aus Dubai die fremdenfeindlichen Teile der Republikaner erzürnt.¹ Die betont christliche Strömung innerhalb der Koalition politischer Kräfte, die die Republikanische Partei darstellt, erlitt einen Schock, als in Afghanistan ein Bürger, weil er den Koran zu Gunsten des Neuen Testaments aufgegeben hatte, zum Tode verurteilt werden sollte. Gewiss, ihr Schock beweist, dass sie nicht wahrhaben wollen, was in Afghanistan wirklich passiert, aber ihre Entrüstung wiegt deshalb politisch nicht weniger schwer. Inzwischen verstört es viele Republikaner, dass ihr Präsident in der Einwanderungsfrage mit den Demokraten zusammengeht. Sie möchten tatsächlich eine Mauer an der mexikanischen Grenze bauen und spielen ganz im Ernst mit der grotesken Idee, elf Millionen irreguläre Einwanderer abzuschieben. Auf diesem Felde droht den Republikanern ein großer Teil der Bodengewinne, die sie in letzter Zeit unter Hispanics erzielen konnten, wieder verloren zu gehen. Andere Republikaner bezichtigen das Weiße Haus, Russland oder China – oder allen beiden – gegenüber nicht hart genug aufzutreten. Bei diesen Themen divergieren die Interessen der Wirtschaft und der Finanzwelt einerseits und der republikanischen Ideologen auf der anderen Seite (seien es jüdische Neokonservative, katholische Traditionalisten oder protestantische Fundamentalisten).

Die Demokratische Führung hofft ganz offensichtlich, dass diese Risse tief genug gehen, um ihrer Partei dazu zu verhelfen, in diesem Herbst die Mehrheit in einem oder gar beiden Häusern des Kongresses zurückzugewinnen – und ihr danach gute Chancen eröffnen, bei den Präsidentschaftswahlen 2008 das Weiße Haus wieder übernehmen zu können. Die Führung hat die strategische Entscheidung getroffen, so wenig wie möglich über den Irakkrieg zu reden, um die Auflösung der republikanischen Koalition keinesfalls zu stören. Sie ignoriert dabei die lautstarke Minderheit demokratischer Kongressabgeordneter und Senatoren, die den Krieg grundsätzlich ablehnen (etwa 80 im Repräsentantenhaus mit seinen 435 Mitgliedern und im Senat zehn von hun-

1 Abzuwarten bleibt, welche Folgen der Kauf von Lucent und den zugehörigen Laboratorien durch Alcatel nach sich zieht.

dert). Man versuchte sogar, sie zum Schweigen zu bringen. Zwar hat Hillary Clinton ihre Forderung, mehr Truppen in den Irak zu schicken, in letzter Zeit nicht mehr wiederholt, aber ein gerade veröffentlichtes „Security“-Dokument der Demokraten verwischt alle Konturen und hüllt jede Art von innerparteilichem Konflikt in dichten Nebel. Das Problem der Führung besteht bei den Demokraten allerdings darin, dass etwa 70 Prozent der Parteiaktivisten und deutlich mehr als die Hälfte ihrer Stammwähler dieses Verhalten nicht lediglich extrem vorsichtig finden, sondern als moralischen Verrat ansehen. Die strategischen Erwägungen, die dahinter stecken, berühren sie nicht. Eine dieser Erwägungen besagt, die Öffentlichkeit halte die Demokraten angeblich ausnahmslos für „schwach“. Ein anderes Argument lautet, die Israel-Lobby drohe, Spenden und sonstige Wahlhilfe zurückzuhalten, sollte die Partei in der Unterstützung einer imperialen Politik nachlassen oder diese ganz aufgeben wollen. Einige der prominenteren Befürworter einer *holy union* mit dem Weißen Haus (Senator Joe Lieberman und die Abgeordnete Jane Harman, die führende Demokratin im Geheimdienste-Ausschuss) müssen damit rechnen, bei den Vorwahlen von Dissidenten herausgefordert und nicht wieder aufgestellt zu werden. Es ist zu früh, viel über die Manöver im Vorfeld der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten für 2008 zu sagen (in denen Clinton, Senator Evan Bayh und Virginias früherer Gouverneur Mark Warner sich als Kandidaten der „Mitte“ empfehlen.) Ex-Senator John Edwards und vor allem der überaus unabhängige Senator Russ Feingold aus Wisconsin sprechen für die traditionelle Linke der Partei in wirtschaftlichen (Edwards) und außenpolitischen (Feingold) Fragen. Man kann nicht ausschließen, dass Al Gore abermals kandidiert, diesmal eher als Linker denn als Zentrist. Mehr zu sagen wäre verfrüht, aber eins steht fest: Die Auffassung, bei den Demokraten laufe die Kandidatur ganz von selbst auf Hillary Clinton zu, entbehrt der Grundlage.

Kontroverse um die Israel-Lobby

Einige aktuelle Vorgänge veranlassen mich, auf die Situation der Israel-Lobby einzugehen. Da gibt es zum einen die Strafverfahren gegen zwei frühere Mitarbeiter des American Israel Public Affairs Committee, des wirkungsvollsten Bestandteils dieser Lobby, denen vorgeworfen wird, von einem Beamten des Verteidigungsministeriums Informationen entgegengenommen zu haben. Es kann durchaus sein, dass die Strafverfolgung in diesem Fall gegen die Verfassung verstößt, da das herangezogene Gesetz womöglich unzulässig weit gefasst ist und die Freiheit journalistischer Berichterstattung gleichermaßen gefährden könnte. Die Tatsache, dass es zu diesen Verfahren gekommen ist, signalisiert jedenfalls tiefe Meinungsverschiedenheiten im außenpolitischen Apparat über die Allianz mit Israel.

Aufsehen erregte auch die Veröffentlichung eines Papiers, in dem zwei angesehene Wissenschaftler, die Professoren John Mearsheimer von der Universität Chicago und Stephen Walt aus Harvard, der Israel-Lobby vorwerfen, sie nötige den Vereinigten Staaten eine Nahostpolitik auf, die mit den nationa-

len Interessen Amerikas nicht zusammenpasse.² Die Reaktion der Lobby bestand zunächst in lautstarken Zweifeln an der Kompetenz und am guten Willen der Autoren, doch mittlerweile zieht sie es vor, sich in diskretes Schweigen zu hüllen. Es fällt auf, dass eine Reihe wichtiger Persönlichkeiten, die mit Außenpolitik zu tun haben, sich allem Drängen zum Trotz geweigert haben, den wissenschaftlichen Ruf und die Auffassungen der Autoren anzugreifen. Diese glauben aus gutem Grund, dass ihr Vorstoß, auch wenn er in der „London Review of Books“ erfolgte, in Amerika die Zustimmung vieler findet, die sich selbst noch nicht so weit vorwagen.

Beachtung verdient schließlich auch, dass die größte religiöse Gruppierung unter den amerikanischen Juden (*Reform Judaism*) sowohl den Irakkrieg als auch die israelische Rechte kritisiert. Die Bandbreite der Debatte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Amerikas könnte sich folglich eines Tages immerhin so weit öffnen, dass sie zumindest halb so groß wäre wie in Israel selbst. Einstweilen jedoch verharrt die Demokratische Partei in einer quasi babylonischen Gefangenschaft der Lobby, was sie erkennbar daran hindert, ernst zu nehmende außenpolitische Alternativen auf der Basis von Menschenrechten und Multilateralismus zu entwickeln. Sollten die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückgewinnen, so dürfte der Abgeordnete Tom Lantos den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuss übernehmen – ein Mann, für den die israelische Politik noch nie irgendeinen Schritt getan hat, den er missbilligt. (Der Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuss des Senats würde wohl an den äußerst biegsamen Senator Joseph Biden fallen.) Kommt es zu einer Rückkehr der Arbeitspartei in die israelische Regierung, so könnte dies unter den amerikanischen Juden eine etwas offenere Haltung bewirken.

Die Israel-Lobby zu erwähnen, heißt die Frage aufwerfen, wie kohärent die außenpolitische Koalition George W. Bushs noch ist. Die Neokonservativen mit ihrer absurden Obsession, der Rest der Welt sehne sich nach nichts anderem, als dem Schulmeister Amerika zu Füßen zu sitzen, um Demokratie zu lernen, mussten in der letzten Zeit einige Angriffe aus dem konservativen Lager hinnehmen. (Und mit dem Papier von Mearsheimer und Walt werden offensichtlich auch innerhalb der Gemeinde der wissenschaftlichen Außenpolitikexperten Rechnungen beglichen.) Die unerschütterlichsten Verbündeten der Neocons sind nach wie vor die evangelischen Fundamentalisten und katholische Traditionalisten – sowie eine Reihe demokratischer Denker, die wie die Neokonservativen im „islamischen Faschismus“ eine große Gefahr sehen, um so mehr, als sie wenig vom Faschismus und noch weniger vom Islam verstehen. Die Konservativen und Imperialisten der alten Schule verweisen auf den Sieg der Hamas in Palästina, die Wahl von Mahmud Ahmadi-nedschad zum iranischen Präsidenten, die gefährdete Stellung unserer Klienten in Ägypten und Pakistan (und mittlerweile auf eine ganze Serie von Katastrophen für den imperialen Einfluss der USA in Lateinamerika) als Bestätigung ihrer Überzeugung, dass die Neokonservativen Traumtänzer sind. Sie haben Recht damit, gewiss, aber die anderen Befürworter einer imperialen

2 John Mearsheimer und Stephen Walt, *The Israel-Lobby and U.S. Foreign Policy*, in: „London Review of Books“, 23.3.2006.

Politik haben auch nicht mehr zu bieten als andere Wege in eine Welt permanenter Kriegführung – oder, im Falle der Demokraten, in den etwas verwehten Fußstapfen von Clinton, Albright und Rubin, eine übertrieben freundliche Vorstellung von den wohltätigen Folgewirkungen des neuen, globalen Kapitalismus.

Im Bann des Kampfes gegen äußere Feinde

In der öffentlichen Meinung Amerikas konzentriert sich das außenpolitische Interesse gegenwärtig – abgesehen von der Bewertung des Irakkriegs als Fehlschlag – vor allem auf wirtschaftliche Fragen. Die Kommentatoren schimpfen, wie gewohnt, über Frankreich im Besonderen und Europa im Allgemeinen, weil die dortige Öffentlichkeit sich nicht von den angeblichen Illusionen sozialer Sicherheit, Vollbeschäftigung und anständiger Mindesteinkommen trennen mag. Allerdings regt sich in der amerikanischen Öffentlichkeit mehr und mehr Skepsis gegenüber den, durchgängig von Deregulierung und Freihandel besessenen, Ökonomen. Da den meisten Bürgerinnen und Bürgern, besonders seit dem Niedergang der Gewerkschaften und ihres erzieherischen Einflusses, die Fähigkeit fehlt, die eigenen wirtschaftlichen Sorgen und Beschwerden zusammenhängend zu artikulieren, nimmt ein Teil der besagten Skepsis fremdenfeindliche Formen an (die sich besonders gegen China und die Asiaten ganz allgemein richten). In den Meinungsumfragen wird die Wirtschaftspolitik von Präsident Bush interessanterweise besser bewertet als seine Außenpolitik. Man muss wissen, dass die untere Hälfte der Einkommensgruppen eher dazu neigt, Abstand von der Politik zu halten – man geht nicht wählen und verfolgt keine Nachrichten (schon gar nicht Auslandsnachrichten). Einige dieser Bürgerinnen und Bürger konnten die Republikaner in den vergangenen Jahren gegen die Bedrohung durch Feminismus und Homosexualität (als Ausdrucksformen einer allgemeinen Gottlosigkeit) mobilisieren; die gleichen Leute dürften tiefe Vorurteile gegen den Islam umtreiben. Bleibt die Frage, wie lange die amerikanische Version des altrömischen Herrschaftsrezepts *panem et circenses* – in diesem Fall „Spiele“ ohne „Brot“ – sich durchhalten lässt. Interessant ist jedenfalls, dass die Republikaner Bush bei der von ihm geplanten Zerstörung der Social Security im Stich gelassen und das Projekt durchkreuzt haben – also die Beseitigung jenes Systems allgemeiner Altersrenten und der Berufsunfähigkeitsversicherung, in dem ansehnliche Überbleibsel unseres Wohlfahrtsstaats noch fortbestehen.

Der statistische Befund, dass der Lebensstandard der meisten Amerikaner nicht wächst, spricht für sich. Was tatsächlich wächst, ist die Ungleichheit. Der Zuwachs beim Bruttosozialprodukt fließt in erster Linie den obersten 15 Prozent der Gesellschaft zu. Kürzlich lancierte Robert Rubin, ein Bankier und ehemals Clintons Finanzminister, ein neues Projekt zur Förderung von Sozialstrukturinvestitionen und Lohnerhöhungen sowie zur Eindämmung der Haushalts- und Außenhandelsdefizite. Es heißt – nach Alexander Hamilton, dem amerikanischen Gründervater, der besonderen Wert auf die Gewerbe- und

Handelsentwicklung lege – *The Hamilton Project*. Ob der ausbeuterische Charakter und die implizite Brutalität des neuen, globalen Kapitalismus allerdings im Rahmen der derzeitigen US-Institutionen gezügelt werden können, erscheint durchaus zweifelhaft. Das gilt zumal, wenn weiterhin Ideologien und politische Verhaltensweisen dominieren, die gerade zu dem Zweck entwickelt wurden, Roosevelts Erbe, die Errungenschaften des New Deal, definitiv abzuschaffen. Viele Demokraten scheuen sich, mit diesem Erbe in Verbindung gebracht zu werden – aber Rubin spricht für die nachdenklicheren, verantwortungsbewussteren Teile der US-Eliten, und seine Initiative könnte Wirkung zeigen.

Das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Realitäten und der politischen Kultur der Vereinigten Staaten ist äußerst komplex. Solange ein Präsident die Mehrheit der Wählerschaft überzeugen kann, die Nation sei bedroht, spielt er die Rolle des Oberbefehlshabers; seine Anhänger können also Kritiker und Opponenten als unpatriotisch abstempeln. (Die Demokraten haben versucht, den Irakkrieg als den falschen Krieg zu kritisieren und auf Bin Ladens Überleben an der afghanisch-pakistanischen Grenze – angenommen, er lebt dort tatsächlich – als Beweis dafür verwiesen, dass Bush als Oberbefehlshaber gescheitert ist.) Die für den Antiterrorkrieg unentbehrliche Kultur der Bedrohung ist ein illegitimes Kind der manichäischen Ideologie des Kalten Krieges. Ganz abgesehen von Bushs ungewöhnlich großzügigen Steuergeschenken an die, denen es gut geht, und von seiner weitgehenden Lockerung aller Regeln, die der Raubgier des Kapitals Grenzen setzen, gibt seine Regierung weiterhin gewaltige Summen für den Irakkrieg und das Militär im Allgemeinen aus. Sollten relevante Teile der Wählerschaft zu dem Schluss kommen, dass sie wenig oder nichts für ihr Geld bekommen, könnte dies der Opposition eine Schneise schlagen. Die Demokraten des Dritten Weges, die sich um Clinton scharen, würden eine solche Entwicklung allerdings kaum als Chance nutzen, eine groß angelegte Verlagerung der Staatsausgaben, ihre Investition in die öffentliche Infrastruktur, zu betreiben – obwohl selbst diese Demokraten sich angesichts der öffentlichen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bewältigung der steigenden Kosten für Gesundheit, Wohnen und Bildung an den New Deal und Johnsons Great Society zu erinnern beginnen, wie schwach solche Regungen auch bislang noch ausfallen mögen. Die Spaltung der Demokraten entspringt unterschiedlichen Bewertungen des Freihandels, und angesichts der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung dürfte es in absehbarer Zeit kaum zu einem Projekt für die Reregulierung der Weltwirtschaft kommen. Doch diese innenpolitischen Debatten, auf die es so sehr ankommt, wenn das Land in den Genuss eines Minimums an wirtschaftlicher Demokratie und sozialer Gleichheit kommen soll, bleiben blockiert oder ganz nebensächlich, solange die Öffentlichkeit im Bann des Kampfes gegen äußere Feinde gehalten werden kann.

Dies ist der Grund, weshalb ich einen amerikanischen Angriff auf den Iran, so unverantwortlich er erscheint, nicht ausschließen kann. Die Präsidentschaft George W. Bushs steht und fällt nicht allein mit dem Irakkrieg, sondern mit seinem Anspruch, er sei auf einzigartige Weise befähigt, die Nation gegen eine

Welt von Feinden zu verteidigen. Daneben gibt es den Trägheitsfaktor. Gewiss, ein großer Teil des außenpolitischen und militärischen Apparats zeigt sich inzwischen entschieden skeptisch und sogar widerständig. Doch die Verfügung über ein gewaltiges Waffensortiment (und erfahrene Spezialtruppen) impliziert stets die Versuchung, Gebrauch davon zu machen. Im Übrigen fürchtet die imperiale Garde im Weißen Haus und im Kabinett nichts mehr als den Vorwurf von Seiten der Rechten (Kissinger hat schon entsprechende Warnungen von sich gegeben), die Bush-Regierung untergrabe Amerikas „Glaubwürdigkeit“, wenn sie Schwäche zeige oder den Rückzug antrete.

Natürlich kommen auch andere Schachzüge in Betracht, etwa eine bewusste Verschärfung der Spannungen mit Russland, eine Revitalisierung der alten US-Obsession mit China und irgendein Feldzug in Lateinamerika, dessen Selbstständigkeit so sichtbar zunimmt. Es stimmt, solche Vorstellungen beschwören eher das 19. oder frühe 20. Jahrhundert herauf, als dass sie der komplexen Weltgesellschaft unserer Tage gerecht würden – aber Bush, Cheney, Rumsfeld und Rice denken nicht historisch, sondern sind die Gefangenen der eigenen Allmachtsphantasien.

Anzeige



Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie Hardcover, 404 Seiten
EUR 24,90 – ISBN 3-89438-350-X

In seinem Epochenüberblick von der Antike bis zur Europäischen Union konfrontiert Luciano Canfora bei uns dominierende Vorstellungen mit einem radikalen Begriff von Demokratie, dem diese nicht als Fassade oligarchischer Herrschaft gilt, sondern als das Streben der subalternen Gesellschaftsklassen nach realer Gleichheit. Dies führt zu einer neuen Sicht auf die europäische Geschichte und Gegenwart und macht ein historisches Vermächtnis bewußt, dessen Einlösung noch immer aussteht. »Ein Remedium«, so die FAZ, »gegen die Selbstzufriedenheit eines politisch-wirtschaftlichen Systems, das dem Planeten gigantische ökologische, demographische und kriegerische Daseinsprobleme beschert.«

Luciano Canfora
Eine kurze Geschichte der Demokratie



PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202, 50937 Köln, Tel. (02 21) 44 85 45, Fax: 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de